



Schleswig-Holsteinischer Landtag  
**Europaausschuss**  
- L 214 -

Kiel, 3. Dezember 2014  
Landeshaus  
Tel. (0431) 988 1142  
(0431) 988 1152  
Fax (0431) 5300 4 1180  
Europaausschuss@landtag.ltsh.de

## ***Kurzb e r i c h t***

*über die*

### *33. Sitzung des **Europaausschusses***

*am Mittwoch, dem 3. Dezember 2014,  
im Sitzungszimmer 139 des Landtags*

Beginn: 10:05 Uhr

Zu Beginn seiner Sitzung stellte sich **Herr Ralph Müller-Beck, neuer Staatssekretär des Ministeriums für Inneres und Bundesangelegenheiten und Bevollmächtigter des Landes beim Bund** dem Ausschuss vor. Sodann berichtete er auf Antrag der Fraktion der PIRATEN, [Umdruck 18/3658](#), über **Zugangsmöglichkeiten der Landesparlamente zur Bundesratsdatenbank EUDISYS**.

Es schloss sich auf Antrag der Fraktion der FDP, [Umdruck 18/1793](#), ein Bericht zum **Stand der Umsetzung der Bundesratsinitiativen zur Erweiterung des Wahlrechts** an.

Der Ausschuss beschloss zum für selbstständig erklärten Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN betreffend **Für eine solidarische Flüchtlings- und Asylpolitik in Schleswig-Holstein, Deutschland und Europa - Asylgesetzgebungen anpassen**, [Drucksache 18/2449](#), eine mündliche Anhörung im kommenden Jahr durchzuführen. Die Fraktionen werden gebeten, Anzuhörende gegenüber dem Geschäftsführer bis zum 12. Dezember 2014 zu benennen. Den für selbstständig erklärten Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW betreffend **Humanitäre Flüchtlingspolitik beibehalten!**, [Drucksache 18/2457](#), empfahl der Europaausschuss vorbehaltlich des Votums des mitberatenden Innen- und Rechtsausschusses dem Landtag mit der Maßgabe, einen Bericht in der 31. Tagung des Landtags von der Landesregierung im Antrag zu erbitten, nach abschnittsweiser Abstimmung mehrheitlich zur Annahme.

Einstimmig zur Annahme empfahl der Ausschuss dem Landtag den Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW betreffend **Umsetzung der Resolutionen des 12. Parlamentsforums Südliche Ostsee in Kalingrad und der 23. Ostseeparlamentarierkonferenz in Olsztyn**, [Drucksache 18/2393](#) (neu).

Der Ausschuss beschloss einstimmig, sich dem Votum des federführenden Sozialausschusses zum Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten

des SSW betreffend **Kinder- und Jugendaktionsplan Schleswig-Holstein fortführen und erweitern**, [Drucksache 18/2221](#), und zu den dazugehörigen Änderungsanträgen anzuschließen.

Nachdem der Ausschuss festgestellt hatte, dass ein Bericht aus dem Ausschuss der Regionen erst in der nächsten Sitzung gegeben werden könne, nahm er die **Bundesratsangelegenheiten**, [Umdrucke 18/3570](#) und [18/3604](#), sowie die Vorlage zur **Prüfung der Wahrung der Subsidiarität**, [Umdruck 18/3664](#), zur Kenntnis.

Nach einer Diskussion beschloss der Ausschuss, sich am Rande der kommenden Plenartagung auf einen endgültigen **Terminplan für das Jahr 2015** auf Basis des [Umdrucks 18/3272](#) zu verständigen.

Schluss: 11:50 Uhr

gez. Thomas Wagner